בייה

Pressemitteilung der Gesetzestreuen Jüdischen Landesgemeinde Brandenburg
Potsdam, 04. November 2026 / 24 Cheschwan 5787

Es war nicht die AfD

Sind wir so naiv? Glauben wir wirklich, dass ausgerechnet diejenigen, die den Antisemitismus jahrelang und mühsam aufgebaut haben und für den heute blühenden und rasant steigenden Antisemitismus verantwortlich sind, gegen den eigenen Antisemitismus kämpfen werden?
Der Antisemitismus ist nach wie vor die deutsche Staatsräson. Das, was in diesem Land unter dem Motto „Kauft nicht bei Juden!“ und „Die Juden sind unser Unglück!“ angefangen hat, wird heute unter dem Motto: „Kampf gegen den Antisemitismus“ fortgesetzt.
Deutschland braucht dringend eine politische Alternative!

Startschuss für einen offenen Antisemitismus

Die Lage der Juden in Deutschland ist katastrophal. Der Antisemitismus wächst rasant und kontinuierlich. Die volle Verantwortung für den heutigen unerträglichen Stand des Antisemitismus tragen die regierenden Kartellparteien und ihr Minion-Scherge, der sogenannte Zentralrat der Juden in Deutschland (ZdJ).

Diese wechselhaft regierenden politischen Parteien, die pragmatisch und konsequent für das beharrliche Erstarken des Antisemitismus nach der 16-jährigen Kanzlerschaft von Helmut Kohl gesorgt haben, haben auch Namen. Es sind die SPD und die CDU/CSU sowie die koalierenden und oppositionellen Mitläufer von Rot bis Grün, die bei der Weiterentwicklung des Antisemitismus kreativ und tatkräftig mitgewirkt haben.

Die Aufgabe, ihre antisemitische Politik zu kaschieren, wurde dem ZdJ als Dachorganisation des deutschen Ersatzjudentums zugesprochen. Dafür hat die Schröder-Regierung mit dem ZdJ im Jahr 2003 einen Staatsvertrag unterzeichnet, mit dem dem ZdJ eine jährliche Förderung in Millionenhöhe - gegenwärtig ca. 40 Mio. Euro - zur freien Verfügung gestellt wurde. Gleichzeitig bekam der ZdJ von den Kartellparteien (!) offiziell die Anerkennung als einzige legitime Vertretung des Judentums und aller Juden in Deutschland.

In keinem anderen Staat der Welt existiert eine jüdische politische Vertretung, die staatlich finanziert wird, weder eine zentrale noch eine dezentrale. Nur das einzige Land, in dem einst die Massenvernichtung der Juden auf eine bürokratisch und organisatorisch gründlich erarbeitete industrielle Basis gestellt wurde und das gegenwärtig unter den christlichen Ländern als Hochburg des Judenhasses gilt, hat es geschafft. Die Kartellparteien haben die, insbesondere aus dem Stalinismus übliche Praxis, Hofjuden für politische Zwecke zu instrumentalisieren, so kreativ weiterentwickelt, dass sie seit 2003 aus öffentlichen Mitteln einen Judenrat finanzieren, um ihn als Feigenblatt für ihre antisemitische Politik zu missbrauchen.

Mit Begrüßung des ZdJ haben die zwischen 1998 und 2005 regierenden SPD und Bündnis 90/Die Grünen (Kabinett Schröder) die 1990 vom Bundeskanzler Kohl abgesegnete Aufnahme jüdischer Kontingentflüchtlinge aus der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland schon im Jahr 2004 gestoppt. Das war der Startschuss für den Übergang zu einer

offenen antisemitischen Politik. Das Ziel dieser Politik ist, das Judentum zu vernichten, die Juden zu vertreiben und in Deutschland ein Ersatzjudentum zu installieren - ein Judentum ohne Religion und praktisch ohne Juden.

Die Verantwortlichen waren sich darüber im Klaren, dass die Zahl der Juden in Deutschland aufgrund des durchschnittlich hohen Alters der Eingewanderten sinken wird. Erwartungsgemäß leben heute nur noch etwa 50.000 Jüdinnen und Juden in Deutschland. Gut die Hälfte davon besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit. Als Wählerschaft sind die Juden für politische Parteien daher eher uninteressant, als Komparsen und Statisten für potemkinsche Dörfer schon.

Die Kartellparteien haben schnell erkannt, dass sich ein blühendes jüdisches Leben in Deutschland auch mit ein paar Dutzend bezahlten nützlichen Berufsjuden und ein paar Dutzend bezahlten selbsternannten Rabbinerinnen und Rabbinern gut vorzutäuschen lässt.

In diesem Sinne haben sich auf den Landesebenen unter dem Dach des ZdJ - vollfinanziert aus Landesmitteln - Landesverbände des deutschen Ersatzjudentums mit Scheingemeinden etabliert, die überwiegend aus „assoziierten“, d.h. nicht jüdischen Personen bestehenden.

Die Verantwortlichen mit Namen benennen

Für die Fortsetzung und Weiterentwicklung dieser Politik haben die Kartellparteien als Regierende und Oppositionelle fleißig gesorgt:

- 2005–2009 - CDU/CSU und SPD - Große Koalition, Kabinett Merkel,
- 2009–2013 - CDU/CSU und FDP - Kabinett Merkel,
- 2013–2021 - CDU/CSU und SPD - Große Koalition, Kabinett Merkel,
- 2021–2025 - SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP - Kabinett Scholz,
- Seit 2025 - CDU/CSU und SPD - Große Koalition, Kabinett Merz.

Da es in Deutschland keine politische Alternative gibt und die Wählerinnen und Wähler ihre Stimmen ausschließlich an die Kartellparteien abgeben können, bleiben diese Kartellparteien - einige als Koalitionspartner, andere als Oppositionelle - immer eine demokratisch gewählte Macht. Um ihre Macht zu sichern und neue politische Konkurrenten auszuschließen, treffen die Parteien gemeinsam Entscheidungen, die vor allem ihnen selbst nützen, und schützen sich gegenseitig. Die von den Kartellparteien zu den Wahlen inszenierten Wahlkämpfe werden nur zur Vortäuschung eines politischen Pluralismus geführt.

Unabhängig von Wahlprogrammen und davon, wer mit wem koaliert, wer die Regierung übernimmt und wer die Opposition spielt, wird am Ende dieselbe Politik fortgesetzt. Feinde unseres jüdischen Staates Israel werden unterstützt, das Judentum durch den ZdJ ersetzt und die Juden werden vertrieben. Das bekommen die hier noch verbliebenen Juden deutlich zu spüren.

Keine neue Partei hat eine Chance, in das Kartell aufgenommen zu werden. Jede politische Alternative wird sofort mit allen Mitteln bekämpft.

Kein jüdisches Leben

Das Jüdische Leben wurde in Deutschland in den Jahren 1933-1945 zerstört. Mehr als sechs Millionen Jüdinnen und Juden wurden ermordet, jüdische Gemeinden mit ihrer gesamten

Infrastruktur wie Kindergärten, Schulen, Senioren- und Jugendeinrichtungen, wurden ausgelöscht, Synagogen, Mikwen, Schachthöfe zerstört, Familien auseinandergerissen und jahrhundertealte Traditionen unterbrochen. Seitdem lebten in Deutschland praktisch keine Juden mehr.

Der Wiederaufbau des vernichteten Jüdischen Lebens wurde auch mit dem Zuzug der jüdischen Kontingentflüchtlinge von der Politik nicht zugelassen. Die Kartellparteien sind jedoch bestrebt, ein blühendes jüdisches Leben sichtbar zu machen, während dieses Leben gar nicht existiert. Dafür haben die Kartellparteien als erstes den Begriff Jüdisches Leben umgedeutet und umdefiniert.

Dass die Religionsfreiheit in Deutschland gesetzlich garantiert ist, dass heute einige Jüdinnen und Juden in Deutschland leben, dass jüdische (Schein)Gemeinden und einzelne (leer stehende) Synagogen wiederaufgebaut wurden, nimmt die Politik missbräuchlich als Grundlage, die Existenz eines blühenden jüdischen Lebens öffentlich zu feiern.

Das führt zu einer Täuschung. Das jüdische Leben ist nicht schon dann verwirklicht, wenn den Juden gesetzlich nicht verboten wird, ihre Religion auszuüben. Sie muss unter den tatsächlichen Lebensbedingungen gewährleistet sein. Es braucht Sicherheit und gesellschaftliche Akzeptanz. Ein Recht, das die Menschen aus begründeter Angst vor Gewalt nicht wahrnehmen können, ist zwar rechtlich vorhanden, aber in seiner praktischen Wirkung nutzlos. Man kann nicht von einem jüdischen Leben sprechen, wenn jüdische Menschen wesentliche Bestandteile ihres Alltags nicht ohne Gefährdung ausüben können.

Jüdische Einrichtungen in Deutschland können nur hinter einem Zaun und mit vor der Tür platzierten Polizeiposten existieren. Polizeischutz kann notwendig sein, um konkrete Gefahren abzuwehren. Aber er gewährleistet keinen permanenten und flächendeckenden Schutz und beseitigt nicht die Ursachen der Bedrohung.

Das jüdische Leben ist eine durch jüdische Gesetze und Traditionen geprägte Lebensweise. Es bedeutet, den eigenen Glauben, die eigene Kultur und eigenen Traditionen frei, sicher und selbstverständlich leben zu können.

Jüdische Menschen sollen ihre Identität offen leben können, ohne deswegen angegriffen zu werden. Sie sollen Synagogen besuchen und gemeinsam beten können, ohne dass der Weg dorthin zu einem Sicherheitsrisiko wird. Sie sollen die Möglichkeit haben, jüdische Speisevorschriften einhalten und ihre religiösen Traditionen pflegen zu können, Jüdische Gemeinden sollen ihre Einrichtungen betreiben, Kinder in den jüdischen Kindergärten und Religionsschulen erziehen und ihre Traditionen an die nächste Generation weitergeben können, jüdische Menschen, seien sie religiös oder nicht religiös, sollen sich weder für ihre Identität oder ihre religiösen Praktiken rechtfertigen noch ihre Volkszugehörigkeit aus Sicherheitsgründen verbergen müssen. Jüdische Kinder, Jugendliche und Studierende sollen sich in allen staatlichen und privaten Bildungs-, Kultur-, Sport und Freizeiteinrichtungen sicher fühlen.

Wenn Menschen ihre Kippa oder jüdische Symbole aus Angst vor Angriffen ablegen, G´ttesdienste nur unter erheblichen Sicherheitsvorkehrungen abhalten oder bestimmte Einrichtungen aus Furcht meiden, keine jüdischen Restaurants und koscheren Geschäfte wegen Angriffsgefahren betreiben können, wenn jüdische Kinder nicht in die staatlichen Schulen gehen können, weil sie dort gehetzt werden, wenn jüdische Studierenden aus den deutschen Universitäten und Hochschulen vertrieben werden, wenn Juden ihre Post und

Lieferungen nicht auf ihre jüdischen Namen bestellen und in der Öffentlichkeit kein Hebräisch sprechen können, wenn es kein einziges jüdisches Viertel in Deutschland gibt usw., sind das Belege dafür, dass das Jüdische Leben in diesem Land nicht existiert.

Manipulationen und Täuschungsstrategie

Die auf die antisemitische Politik (worauf denn sonst?!) zurückzuführende katastrophale Lage der Juden in Deutschland verlangte von den Kartellparteien zur Tarnung ihrer antisemitischen Politik einerseits ihren Scheinkampf gegen den Antisemitismus als echter Kampf und andererseits ein - nicht existierendes - blühendes jüdischen Lebens verstärkt zu präsentieren. Dafür haben sie unwirksame Maßnahmen erfunden - mit lauten Parolen und sichtbaren politischen Aktivitäten.

Bei jeder Gelegenheit verurteilen die Kartellparteien den Antisemitismus in Deutschland, aber auch unseren jüdischen Staat Israel gleich scharf. Sie bezeichnen das jüdische Leben in Deutschland als schützenswert, fordern aber parallel von der israelischen Regierung eine Waffenruhe und Verhandlungen mit den terroristischen Hamas-Banden und zeigen ihr volles Verständnis für deren Unterstützer und Verbündete in Deutschland. Eine vollständige Vernichtung der Hamas und ihrer Mitläufer im Gazastreifen fordern sie von der Israel-Regierung nicht.

Zu den besonders sichtbaren wie auch völlig nutzlosen Maßnahmen gehören die im Mai 2018 gegründete Institution der Antisemitismusbeauftragten und eine fortlaufende Besetzung dieser gut bezahlten Personalstellen. Alle Beauftragten melden immer größere Erfolge, während die Juden in Deutschland - immer stärker wachsenden Antisemitismus melden. Bald gibt es in Deutschland mehr Antisemitismusbeauftragte als Juden.

Zu den weiteren Maßnahmen gehört auch die im November 2022 vom Bundeskabinett beschlossene „Nationale Strategie gegen Antisemitismus und für jüdisches Leben“ (NASAS). Die fatalen Ergebnisse dieser Strategie für die Juden in Deutschland überstiegen alle Erwartungen - der Antisemitismus explodiert.

Nachdem der lawinenartige Anstieg des islamistischen Judenhasses in Deutschland mit offiziellen Schock-Zahlen nach der Sonderauswertung der Bundesregierung aus dem Jahr 2025 belegt wurde, haben die Kartellparteien die Ursache dafür schnell entdeckt und sofort reagiert - die bisherigen Islam-Berater sollten die Regierung falsch beraten haben. Das Bundesinnenministerium tauschte daher seine bisherigen Islam-Berater aus und setzte einen neuen Expertenkreis ein. Der Flop dieser lächerlichen Aktion ist vorprogrammiert.

Die nächste große politische Aktion heißt: Den Kampf gegen Antisemitismus in den Landesverfassungen zu verankern. Eigentlich ist der Schutz und die Förderung jüdischen Lebens bereits in den Staatsverträgen mit den Landesverbänden des ZdJ gesetzlich verankert. Als Vortäuschung einer judenfreundlichen Politik, insbesondere für Resonanz auf der internationalen Ebene, ist die Aktion dennoch wiederholungswert. Einige Ostbundesländer mit besonders fortgeschrittenem Antisemitismus wie Brandenburg und Sachsen-Anhalt haben es schon gemacht. Wie es im Artikel 7a der Verfassung des Landes Brandenburg heißt: „Das Land schützt das friedliche Zusammenleben der Menschen und tritt Antisemitismus, Antiziganismus sowie der Verbreitung rassistischen und fremdenfeindlichen Gedankenguts entgegen…“

Dass das Land Brandenburg neben dem Antisemitismus auch gleich gegen den Antiziganismus kämpfen will, zeigt, dass es dem Land nicht um den Schutz des Judentums als Kern des jüdischen Lebens geht, sondern um die Volkszugehörigkeit. Die anderen Bundesländer haben es nicht so eilig. Es ist noch etwas Zeit, bis der letzte bekennende Jude, der letzte jüdische Student und die letzte jüdische Familie mit Kindern dieses Land verlassen haben.

Es ist offensichtlich, dass die Verankerung des Kampfes gegen Antisemitismus in den Landesverfassungen für das jüdische Leben völlig nutzlos ist. Entscheidend ist nicht, welche Rechte der Staat den jüdischen Menschen garantiert, sondern ob die Menschen diese Rechte tatsächlich wahrnehmen können.

Nur ein Beispiel dafür:

Die Garantie auf einen wirksamen und effektiven Rechtsschutz ist im deutschen Grundgesetz in Artikel 19 Absatz 4 GG verankert. Sie wird als Rechtsschutzgarantie bezeichnet und ist eine der wichtigsten Säulen des deutschen Rechtsstaats.
Aber…
Die verwaltungsgerichtlichen Klagen der Gesetzestreuen Jüdischen Landesgemeinde Brandenburg gegen das für Religionsgemeinschaften zuständige Kulturministerium des Landes aus den Jahren 2017, 2018, 2019, 2020-2025 die entsprechend in diesen Jahren eingereicht wurden, warten beim Verwaltungsgericht Potsdam noch immer auf die Terminierungen. Das älteste Verfahren ist bereits fast 10 Jahre alt, das nächste - 8 Jahre usw. Die im Grundgesetz verankerte Garantie auf einen effektiven und wirksamen Rechtsschutz bleibt absolut unwirksam, weil der Artikel 19 der Brandenburgischen Kartellpartei SPD gerade nicht passt und diese Partei durch die Zeitverzögerung dem Judentum einen weiteren irreparablen Schaden zufügen will, denn das aufgrund der bestehenden Rechtsunsicherheit und fehlenden Rechtsklarheit nicht stattgefundene jüdische Gemeindeleben kann naturgemäß nicht nachgeholt werden.

Bemerkenswert dabei ist, dass ausgerechnet der für die Bearbeitung der Verfahren zuständige Berichterstatter, der endlich mit der Terminierungsvorbereitung begonnen hatte, ganz zufällig Mitte des Geschäftsjahres 2026 plötzlich zum Oberverwaltungsgericht abgeordnet wurde. Eine Terminierung der Verfahren ist nicht in Sicht.

Es war nicht die AfD

Die Jüdische Gemeinde Halle hat am 9. Oktober 2026 eine menschliche Kette vor der Synagoge in Halle organisiert oder diese Aktion zumindest nicht verhindert, und damit dem Vizepräsidenten des Landtages von Sachsen-Anhalt, Universitätsdozenten und AfD-Politiker Hans-Thomas Tillschneider die Teilnahme an einer Gedenkveranstaltung der Gemeinde zum siebten Jahrestag des antisemitischen Anschlags von 2019 verweigert.

Der Gemeindevorsitzende Max Privorozki, der selbst bei der fragwürdigen Aktion nicht zu sehen war, versuchte die Initiative auf „die jüdischen Studierenden“ abzuwälzen. In der Öffentlichkeit erklärte Herr Privorozki, dass gegen Tillschneider kein Hausverbot ausgesprochen worden wäre, er habe allerdings auch keine persönliche Einladung erhalten. Privorozki erklärte zwar, die Motive der Studierenden nachvollziehen zu können, lehnte die Blockade einer öffentlichen Veranstaltung jedoch ab. Ob beziehungsweise welche LandespolitikerInnen von welchen Kartellparteien eine persönliche Einladung erhalten haben

und welche politischen Parteien bei der Veranstaltung vertreten waren, hat Herr Privorozki der Öffentlichkeit nicht verraten.

Schon gleich nach dem AfD-Wahlsieg in Sachsen-Anhalt beeilte sich Max Privorozki öffentlich zu erklären, ihm mache die mögliche AfD-Regierung keine Angst und er wolle zunächst sachlich abwarten, was die Partei tatsächlich umsetzen würde.

Diese schlangenförmige Position ist für die Mitgliederverbände des ZdJ üblich. Solange die zur freien Verfügung gestellten staatlichen Zuwendungen fließen und unkontrolliert ausgegeben werden können, werden diese Gemeinden mit jeder Regierung zusammenarbeiten, auch wenn das die AfD ist.

So oder so, haben die Studierenden hier wirklich etwas verwechselt. Diese gut gebildeten jungen Menschen müssten doch verstehen können, dass es nicht die AfD war, die die Juden in Deutschland in diese katastrophale Lage gebracht hat. Nicht die AfD ist dafür verantwortlich, dass das Jüdische Leben hier nicht stattfindet, dass die Juden in Deutschland angegriffen werden und ihre Identität verstecken müssen und dass jüdische Studierende aus den deutschen Unis vertrieben werden.

Es waren die immer noch an der Macht gebliebenen Kartellparteien und ihr Minion-Scherge, der sogenannte Zentralrat der Juden in Deutschland. In erster Linie sollten die Studierenden und alle anderen Juden in Deutschland den Vertretern dieser Parteien, die in ihren Bestrebungen, die antisemitische Politik fortzusetzen, einig und voneinander kaum zu unterscheiden sind, den Zugang zu der Gemeindegedenkveranstaltung verweigern!!!

Für antisemitische Politik ist der Zentralrat der Juden unverzichtbar

Der 72-jährige Zentralratspräsident Josef Schuster hat bereits angekündigt, sich Ende November 2026 von der Ratsversammlung des ZdJ im Amt für die vierte vierjährige Amtszeit bestätigen lassen zu wollen. Er will weiterhin die Politik der Kartellparteien unterstützen, den Verantwortlichen für den steigenden Antisemitismus Auszeichnungen und Medaillen für ihre Verdienste um die jüdische Gemeinschaft vergeben und aus dem Fenster seiner gepanzerten BMW-Limousine, umstellt von seinen von der Polizei gestellten Personenschützern, den Juden in Deutschland weiterhin Ratschläge erteilen, wie sie sich am besten verstecken können. Und er will weiterhin die 25-jährige Entwicklung des Antisemitismus in Deutschland als Erfolgsgeschichte feiern.

Für die Juden in Deutschland bedeutet das - „Weiter so“.

Schuster ist mittlerweile zur lautesten politischen Stimme gegen die AfD geworden und droht sogar damit, den Staub vom seinen Koffer abzuwischen und den jüdischen Familien eine Ausreise zu empfehlen, wenn die AfD die Macht der Kartellparteien stürzt und die Regierung übernimmt. Diese Position macht deutlich, dass der ZdJ stark davon ausgeht, dass die AfD im Vergleich zu den Kartellparteien viel weniger antisemitisch ist. Denn für die Kartellparteien, die sich hinter einer judenfreundlichen Maske verstecken wollen, ist der von ihr bezahlte ZdJ als Feigenblatt unverzichtbar!

Deutschland braucht dringend eine Alternative

Die Kartellparteien haben Deutschland wirtschaftlich und gesellschaftspolitisch ruiniert. Steigende Lebenskosten bei sinkenden Einkommen und nicht ausreichenden Renten,

Kürzungen von allen Seiten, Schuldenwirtschaft, leerere Versprechungen aus der Politik, Wohnungsmangel und unbezahlbare Mietkosten, Perspektivlosigkeit und ein Schuldenberg für jüngere Generationen, drohende Alters- und Kinderarmut, unsichere Straßen und steigende Kriminalität, Jugendbanden, Kriegsstimmung… Die Mehrheit der deutschen Bürgerinnen und Bürger hat das Vertrauen in die regierenden Kartellparteien längst verloren und gibt ihre Stimmen zunehmend für die AfD ab. Man will der AfD eine Chance geben. Entgegen der in den deutschen Medien massiv betriebenen Propaganda scheinen die meisten Deutschen zunehmend davon überzeugt zu sein, dass mit den Kartellparteien keine positiven Änderungen in diesem Land zu erwarten sind.

Noch mehr davon überzeugt sind die in Deutschland lebenden Juden, die in diesem Land nicht mehr sicher sind und aus diesem Land vertrieben werden. Mit der politischen Unterstützung des sogenannten Zentralrates der Juden in Deutschland haben die Kartellparteien die Bemühungen vieler aus der ehemaligen Sowjetunion eingewanderten Juden, in Deutschland ein jüdisches Leben wiederaufzubauen, erfolgreich im Keim erstickt.

Sie haben die gesamte Nachwendegeneration zu Antisemiten erzogen und Millionen weiterer antisemitischer Einwanderer ins Land geholt. Heuchlerisch zeigen sie sich besorgt, empört und sogar bestürzt, wenn diese Antisemiten antisemitisch handeln, Juden angreifen und den Staat Israel dämonisieren. Die staatspolitische Propaganda-Maschinerie wie auch viele weitere staatspolitische Instrumente werden von den Kartellparteien zur Stärkung des Antisemitismus und zur Vernichtung des Judentums aktiv eingesetzt. Die Juden in Deutschland sind in großer Gefahr. Deutschland braucht dringend eine politische Alternative!

Die AfD ist gegenwärtig leider die einzige politische Partei, die radikale Veränderungen der Politik in fast allen Richtungen verspricht. Nicht nur Herr Max Privorozki, sondern auch viele Menschen in Deutschland wissen jedoch, dass die Kartellparteien den Großteil ihrer Wahlversprechen immer wieder gebrochen haben. Denn Wahlversprechen sind in Deutschland juristisch nicht bindend. Politiker oder Parteien können rechtlich nicht dazu gezwungen werden, ihre Ankündigungen nach der Wahl umzusetzen, es gibt keine juristische Bestrafung für gebrochene Versprechen. Und moralische Werte sind hier schon historisch nicht erwünscht.

Übrigens ist die AfD nicht die erste Alternative. Die Linke entstand als Vorgängerin der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) im Februar 1990 durch Umbenennung der SED und wandelte sich zunächst zu einer ostdeutschen Linkspartei.PDS. Im Juni 2007 entstand Die Linke durch die Verschmelzung der Linkspartei.PDS mit der westdeutschen WASG (Arbeit & soziale Gerechtigkeit – Die Wahlalternative). Was diese vereinte Alternative bis jetzt gebracht hat und was von dieser Alternative heute in Berlin noch zu erwarten ist, gibt uns allen Anlass zum Nachdenken.

Es gibt ernsthafte Gründe zu bezweifeln, dass die AfD tatsächlich eine politische Alternative ist. Es ist nicht zu übersehen, dass die AfD in erster Linie auf die Aufnahme in das politische Kartell pocht und zu einer Koalition mit jeder Partei aus der Reihe der Kartellparteien bereit ist. Eine politische Alternative, die bereit ist, mit ihren schlimmsten politischen Gegnern, die sie ersetzen will, zusammen zu regieren, ist nicht glaubwürdig. Auch wenn die AfD sicherlich nicht mehr antisemitisch ist als die Kartellparteien und nicht mehr antisemitische Mitglieder hat, wird sie als Koalitionspartner keine Möglichkeit haben, die judenfeindliche Politik wesentlich zu ändern.

Aber wenn die AfD es schaffen würde, Deutschland von kriminellen Zugewanderten zu befreien, dem sogenannten Zentralrat der Juden staatliche Förderung abzuziehen, den Wiederaufbau des vernichteten jüdischen Lebens möglich zu machen, sich mehr Sorgen um das eigene Land und nicht um „Palästina“ zu machen, würde das dem Judentum und den in Deutschland lebenden jüdischen Familien unstreitig zugutekommen.

Shimon Nebrat

Die Gesetzestreue Jüdische Landesgemeinde Brandenburg

Pressekontakt:
Herr Shimon Nebrat, Geschäftsführer
Die Gesetzestreue Jüdische Landesgemeinde Brandenburg
Yorckstr. 4, 14467 Potsdam
Telefon: +49 331 20 15 712
E-Mail: info@toratreu.de
Web: www.toratreu.de
Der Vorstand